HWWI Prognosen

Konjunkturprognose Deutschland Herbst 2025

Michael Berlemann | Jörg Hinze

HWWI Prognose Nr. 3/2025

Autoren:

Michael Berlemann (Berlemann@hwwi.org)
Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI), Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, CESifo, ifo Institut für Wirtschaftsforschung

Jörg Hinze (Hinze@hwwi.org)
Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI)

Imprint

Publikationsreihe: HWWI Prognosen
Verantwortlicher Herausgeber: Michael Berlemann

Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI)
Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Michael Berlemann
Geschäftsführer: Dr. Dirck Süß
Mönkedamm 9 | 20457 Hamburg | Deutschland
Phone: +49 40 340576-0 | Fax: +49 40 340576-150
info@hwwi.org | www.hwwi.org

© HWWI | Hamburg | August 2025

Fiskalpolitik wird deutscher Wirtschaft neue Impulse geben

Michael Berlemann[1,2] und Jörg Hinze[1]

[1] *Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HHWI), Mönkedamm 9, 20457 Hamburg, Deutschland.*
Email: info@hwwi.org
[2] *Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg, Deutschland.*

Die deutsche Wirtschaft stagnierte insgesamt im 1. Halbjahr 2025; das deutsche Bruttoinlandsprodukt sank im 2. Quartal um 0,3 %, wie es im ersten gestiegen war. Dabei spielten Sondereffekte (Vorziehen von Produktion und Exporten ins erste Quartal aufgrund der erwarteten US-Zölle und mildes Winterwetter) eine Rolle, zudem hat die neue Regierung erst im Mai ihre Arbeit aufgenommen und die Wirtschaft hat zunächst deren Reformvorhaben abgewartet. Nachdem die Koalitionsparteien schon vor Amtsantritt der Regierung die Verschuldungsmöglichkeiten für die Bereiche Infrastruktur und Verteidigung stark erweitert hatte, hat sie inzwischen auch erste Maßnahmen zur Verbesserung der Standortbedingungen eingeleitet. Dies sollte die bisherige Zurückhaltung bei Investoren lockern und künftig für Wachstumsimpulse sorgen. Der private Konsum stützt seit geraumer Zeit die Konjunktur. Weiter dämpfende Einflüsse kommen jedoch von Exportseite, denn trotz des „Zoll-Deals" mit den USA sind die Zölle auf US-Exporte nun höher als in der Vor-Trump-Ära. Insgesamt werden künftig aber die positiven die negativen Impulse überwiegen, sodass für den weiteren Verlauf dieses Jahres mit einer allmählichen Wiederbelebung der Wirtschaft zu rechnen ist, die sich im nächsten Jahr dann verstärkt fortsetzt. Das HWWI rechnet unverändert für 2025 im Jahresdurchschnitt mit einem Wirtschaftswachstum von ¼ % und für 2026 mit 1 ½ %. Die Inflationsrate für die Verbraucherpreise entsprach in den vergangenen beiden Monaten mit 2,0 % der Stabilitätsmarke. Die sogenannte Kernrate hält sich allerdings weiterhin bei rund 2 ¾ %. Mit nachlassendem Druck seitens der Lohn- und Arbeitskosten dürfte sich aber die Inflationsrate bei 2 % stabilisieren. Die Risiken für diese Prognose bleiben angesichts vielfältiger geopolitischer Spannungen hoch. Auch wenn ein „Zoll-Deal" mit den USA zustande gekommen ist, so ist er doch unzuverlässig; Trump drohte bereits bei geringeren als erwarteten EU-Investitionen in den USA mit Zöllen von 35 %. Von der neuen Regierung ist die wirtschaftspolitische Wende eingeleitet, aber trotz der Sondervermögen für Infrastruktur und Verteidigung zeichnen sich zunehmend Finanzierungsengpässe für weitere Reformmaßnahmen und Meinungsverschiedenheiten zur Steuer- und Sozialpolitik unter den Koalitionspartnern ab.

HWWI Prognosen

Ansprechpartner
Jörg Hinze

Editiert von
Michael Berlemann

© HWWI

Jüngste BIP-Revision verdeutlicht Schwächephase der letzten Jahre

Das Statistische Bundesamt hat jüngst außergewöhnlich umfassende Revisionen für die Zeit ab 2021 vorgenommen. Selbst die Ergebnisse für die vierteljährlichen, preisbereinigten BIP-Änderungen

betrugen zwischen -0,7 und +0,6 %, in der Folge haben sich auch die jahresdurchschnittlichen Raten merklich geändert.

Die jüngsten VGR-Zahlen des Statistischen Bundesamtes für das reale Bruttoinlandsprodukt waren weniger für die ersten beiden Quartale dieses Jahres überraschend. Die Revision für das erste Quartal – von 0,4 auf 0,3 % preis- und saisonbereinigt – war gering und das Minus für das zweite Quartal von 0,3 % war zwar stärker als zunächst berichtet (zuvor -0,1 %), entsprach aber aufgrund zollbedingter Vorzieheffekte ins erste Quartal sowie der Abwartehaltung der Wirtschaft auf die Reformmaßnahmen der neuen Regierung grundsätzlich der Erwartung einer vorläufig noch schwachen Wirtschaftsentwicklung. Von den seit Regierungsantritt beschlossenen Maßnahmen sind erst nach gewisser Zeit Wirkungen auf das reale BIP zu erwarten. Bedeutsamer waren hingegen die Revisionen für die zurückliegenden Jahre, insbesondere für die Jahre 2023 und 2024. Der Konjunkturabschwung in den Jahren 2023 und 2024 war nach den neuen Zahlen wesentlich ausgeprägter – nämlich von Ende 2022 bis Ende 2024 ein Rückgang des realen BIP um 1,5 % statt zuvor 0,85 %. Im Jahresdurchschnitt verringerte sich das BIP 2023 nun um -0,9 % (zuvor: -0,3 %) und 2024 um -0,5 % (zuvor: -0,2 %). Die neuen BIP-Zahlen für die Jahre 2023/24 weisen nun eine deutlich rezessivere Entwicklung aus als vor der Revision und spiegeln insofern die damalige negative Stimmung in der Wirtschaft eher wider.

Die Abwärtskorrektur für die Jahre 2023 und besonders für 2024 haben bei gleichzeitiger Aufwärtskorrektur für das vierte Quartal 2024 – von -0,2 auf +0,2 % – zwar auch rechnerische Auswirkung auf den sogenannten „statistischen Überhang“ für das Jahr 2025, nämlich eine Verringerung von -0,5 auf -0,25 %. Das hätte für sich bedeutet, dass bei unverändertem Prognoseverlauf für das weitere Jahr 2025 sich dadurch rechnerisch die Prognosen im Jahresdurchschnitt 2025 um einen Viertelprozentpunkt erhöht hätten. Die Revision des BIP für das zweite Quartal gegenüber der ersten Schätzung von -0,1 auf -0,3 % hat diesen Effekt allerdings quasi neutralisiert.

Erstes Halbjahr 2025 insgesamt noch schwach

Die Wirtschaftsentwicklung in der ersten Jahrhälfte 2025 war für die deutsche Wirtschaft nach den jüngsten, revidierten Zahlen für das reale BIP insgesamt nur schwach, was angesichts des politischen Umbruchs – Bundestagsneuwahlen im Februar, Regierungsbildung Anfang Mai, Umsetzung der Reformvorhaben erst anschließend angelaufen – aufgrund der Abwartehaltung bei den Wirtschaftssubjekten auch kaum anders zu erwarten war. Insbesondere auf Unternehmensseite war die Zurückhaltung wegen der Ungewissheit über die künftigen Rahmenbedingungen weiterhin deutlich sichtbar, wie die rückläufigen Investitionen im zweiten Quartal zum Teil auch zeigen. So haben die Unternehmen insbesondere ihre Investitionen in Maschinen und Geräte etwa konstant gehalten, die in gewerbliche Kraftfahrzeuge aber deutlich reduziert (-14 % gegenüber dem Vorjahr), was sich durch die Ankündigung der Regierung, künftig gewerbliche E-Fahrzeuge zu fördern, erklären lässt. Einzelne positive Konjunktursignale im ersten Quartal dieses Jahres, wie bei Produktion und Exporten, und anschließend wieder negative im zweiten Quartal beruhten großteils auf Vorzieheffekten, nicht zuletzt aufgrund der US-Zolldiskussion und –politik, und auch im Baubereich gab es aufgrund des milden Winterwetters entsprechende Verschiebungen. Industrie und Bau stecken gleichwohl nach wie vor in der Krise; in beiden Wirtschaftsbereichen liegt die Produktion noch um deutlich mehr als 10 % unter dem Vor-Corona-Niveau. Konjunkturstützend wirkte insbesondere der private Verbrauch; die bei 2 % stabilisierte Inflation stärkt trotz nachlassender Lohndynamik die reale Kaufkraft. Und auch die staatlichen Konsumausgaben sind weiter merklich gestiegen, insbesondere im Sozialbereich. Im Bau, namentlich im Wohnungsbau, scheint sich die Entwicklung zumindest zu konsolidieren, wenn auch auf stark gedrücktem Niveau; hier sind die Baugenehmigungen im gesamten 1. Halbjahr 2025 um 4,3 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum gestiegen.

Seitwärtsbewegung bei Beschäftigung am Arbeitsmarkt

Die Abwartehaltung der deutschen Wirtschaft spiegelt sich im ersten Halbjahr 2025 auch auf dem Arbeitsmarkt wider. Angesicht der bisherigen Wirtschaftsschwäche und Ungewissheit über künftige Reformmaßnahmen stellten die Unternehmen nicht vermehrt ein; die Zahl der gemeldeten offenen Stellen war vielmehr weiter rückläufig. Aber die Beschäftigung sank insgesamt kaum noch; zumindest wurden die Arbeitsplatzverluste in der Industrie weitgehend durch eine Ausweitung der Beschäftigung in den staatsnahen Dienstleistungsbereichen kompensiert. Angesichts des Mangels an Fachkräften in vielen Wirtschaftsbereichen, wird aber auch angesichts der günstigeren Wirtschaftsperspektiven versucht, diese zu halten. Die konjunkturell bedingte Kurzarbeit sinkt inzwischen wieder. Wenn die Zahl der Arbeitslosen trotz des verlangsamten Rückgangs der Zahl der Erwerbstätigen gestiegen ist, dann weil das Arbeitskräfteangebot weiterhin zunahm. Ausdruck der Schwächephase der letzten Jahre ist auch die bis zuletzt sinkende Zahl der Selbständigen; das spiegelt sich auch in der erhöhten Zahl von Insolvenzen wider.

Inflationsrate auf Stabilitätsniveau – aber Kernrate noch höher

Die Inflationsrate für die Verbraucherpreise lag im Juni und Juli mit 2,0 % exakt auf der Stabilitätsmarke. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex, der sich methodisch leicht vom Verbraucherpreisindex unterscheidet und der im Euroraum, also von der Europäischen Zentralbank, zu Zwecken der Geldpolitik herangezogen wird, betrug im Juli sogar nur 1,8 %. Hauptgrund für die Stabilisierung der Verbraucherpreise ist der anhaltende Rückgang der Energiepreise; aber auch andere Einfuhrpreise sind nicht zuletzt dank der Euro-Aufwertung gesunken. Die sogenannte Kernrate - Verbraucherpreise ohne Nahrungsmittel und Energie - hält sich jedoch mit 2 ¾ % deutlich darüber. Noch stärker, nämlich mit über 3 % stiegen bis zuletzt die Dienstleistungspreise, allerdings mit nachlassender Tendenz. In Letzterem schlägt sich mehr und mehr die nachlassende Lohndynamik nieder, sodass auch bei nicht mehr sinkenden Energiepreisen mit einer Stabilisierung der Inflationsrate bei 2 % gerechnet werden kann.

Höhere US-Zölle belasten deutsche Exporte

Seit Anfang August gilt entsprechend einem Rahmenabkommen von Ende Juli für die meisten Exporte aus der EU in die USA, und somit auch aus Deutschland, ein allgemeiner Zollsatz von 15 % (statt angedrohter 30 %), für Stahl und Aluminium weiterhin von 50 %. Der Zollsatz von 15 % gilt allerdings lediglich unter der Zusatzbedingung von 750 Mrd. Euro Öl- und Flüssiggasimporten der EU aus den USA und 600 Mrd. Euro Investitionen der EU in den USA. Trump behält sich bei Nichteinhaltung der Zusatzbedingungen Zölle in Höhe von 35 % vor; die genauen Regelungen hierzu sind allerdings offen.

Zwischenzeitlich – seit April – galten teils höhere Zölle, zum Beispiel für PKW 27,5 %. Davor waren die Zölle jedoch deutlich niedriger als künftig, zum Beispiel für PKW 2,5 %. Im Juni 2025, dem letzten Berichtsmonat, lagen die deutschen US-Exporte um mehr als 10 % unter jenen vor Jahresfrist. Selbst wenn man die ins erste Quartal 2025 aufgrund der Zolldiskussion vorgezogenen Exporte in die USA mitberücksichtigt, zeigen sich doch merkliche Bremsspuren bei den deutschen US-Exporten, denn im gesamten ersten Halbjahr sind diese um knapp 4 % gesunken; dabei gingen die Exporte von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugteilen um fast 10 % zurück. Im gleichen Zeitraum sind die Importe aus den USA um 3,5 % gestiegen. Der Handelsbilanzüberschuss betrug, obwohl er sich verringerte, gleichwohl immer noch mehr als 30 Mrd. Euro zugunsten Deutschlands/zuungunsten der USA – eine wichtige Referenzgröße für Trumps Handelspolitik. Trumps Zollpolitik verfolgt aber nicht immer ausdrücklich ökonomische Ziele, sondern bisweilen auch anderweitig politische.

Deutsche Exporte: Einst Konjunkturmotor – nun Wachstumsbremse

Deutschland ist eine Exportnation; in den vergangenen zehn Jahren lag die Exportquote (Anteil der Export am Bruttoinlandsprodukt) stets bei über 40 %. Solange Weltkonjunktur und Welthandel dynamisch wuchsen, profitierte die deutsche Wirtschaft davon. Inzwischen – seit Beginn dieses Jahrzehnts – haben sich die Rahmenbedingungen diesbezüglich jedoch merklich verschlechtert, sei es zunächst im Gefolge der Corona-Krise, dann wegen der zugenommenen geopolitische Anspannungen, zuletzt durch die Verunsicherung durch die US-Handelspolitik, und auch der Wettbewerbsdruck durch andere Anbieter auf den Weltmärkten, insbesondere China, hat sich verstärkt. Aber auch die binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich verschlechtert; die Arbeitskosten sind in den vergangenen Jahren deutlich stärker als die Produktivität gestiegen und die Energiekosten haben sich im Zuge der Ukrainekrise stark erhöht; zuletzt hat zudem die Aufwertung des Euro die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verringert. So sind denn auch in den beiden zurückliegenden Jahren die deutschen Exporte bereits gesunken und dieser Trend hat sich in der ersten Jahreshälfte 2025 fortgesetzt.

Trotz eines Anteils der US-Exporte an den gesamten deutschen Exporten von rund 10 % wäre ein Rückgang der US-Exporte aufgrund der neuen Zölle – hier sind nur Schätzungen möglich, aber je 10 % Rückgang der US-Exporte würde sich das um etwa -0,25 % auf das BIP auswirken – gesamtwirtschaftlich insofern zu verkraften, als die geplanten zusätzlichen Staatsausgaben für Infrastruktur und Verteidigung sowie die übrigen Reformmaßnahmen insgesamt einen wesentlich größeren positiven Impuls auf die deutsche Wirtschaft auslösen dürften. Allerdings ist der US-Exportanteil der betroffenen Exportunternehmen vielfach höher und unter Umständen Existenz gefährdend. Die besondere Betroffenheit einzelner Industriezweige zeigt sich bereits in der Automobilindustrie, deren Gewinne im zweiten Quartal, als die erhöhten Zölle galten, deutlich eingebrochen sind.

Spürbare Wachstumsimpulse durch „Sondervermögen“ und Reformen

Die neue Koalitionsregierung hatte noch kurz vor ihrer Vereidigung die Verschuldungsmöglichkeiten vom „alten“ Parlament (wegen der unterschiedlichen, erforderlichen ¾-Mehrheitsverhältnisse) bewilligen lassen, einmal für ein Sondervermögen für Infrastruktur und zum weiteren für eine Lockerung der Schuldenbremse für Sicherheits-/Verteidigungsausgaben, bis zu jeweils 500 Milliarden Euro, insgesamt also bis zu einer Billion Euro. Auch wenn diese über einen längeren Zeitraum – bis zu 12 Jahre – gestreckt erfolgen und teils (insbesondere für militärische Ausrüstung) ins Ausland abfließen oder auch ohnehin notwendige Maßnahmen (zum Beispiel im Bereich Infrastruktur) ersetzen, wird hiervon ein erheblicher konjunktureller Impuls über einen längeren Zeitraum ausgehen. Überdies hat die neue Regierung einige Wirtschaftsreformen eingeleitet. Dabei sind insbesondere die für die Jahre 2025-2027 erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten zu erwähnen, die für vermehrte private Investitionen sorgen sollten, zumal sich die Unternehmen vor dem Regierungswechsel spürbar mit Investitionen zurückgehalten hatten. Hinzu kommen Energiekostenentlastungen zumindest für Unternehmen; für private Verbraucher, wie sie ebenfalls im Koalitionsvertrag vorgesehen waren, fehlte jedoch bereits der Finanzierungsspielraum.

Eine Senkung der Unternehmenssteuern wurde aber erst mal auf 2028 hinausgeschoben. Dabei bleibt abzuwarten, ob sie angesichts des Finanzierungsvorbehalts denn kommt; mittlerweile gibt es seitens der SPD ja bereits Steuererhöhungsdiskussionen. Eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags, den auch viele Unternehmer bezahlen, unterblieb. Eine rasche Senkung der Energie-, besonders der Stromkosten, ist für mehrere Branchen schon aus internationalen Wettbewerbsgründen wünschenswert, die Energiekosten in Deutschland sind generell für Unternehmen und Verbraucher hoch. Wie der Bürokratieabbau bewerkstelligt werden soll, bleibt ebenfalls noch unklar.

Erste Impulse in der 2. Jahreshälfte 2025

In diesem Jahr sind von alledem sicherlich erst geringe Impulse für die Konjunktur zu erwarten. Die Umsetzung der Maßnahmen für mehr Verteidigungsausgaben als auch für Infrastrukturinvestitionen erfordert Zeit. Etwas schneller sollte die Durchführung der schon beschlossenen Reformen auf Unternehmensebene erfolgen können. Daher sollte sich die Stimmung bei privaten Unternehmen allmählich verbessern und damit deren Investitionsbereitschaft erhöhen. Doch bis Bestellungen von Investitionsgütern zu Auslieferungen führen vergeht Zeit, bisweilen mehrere Monate. Die privaten Verbraucher dürften angesichts steigender Realeinkommen und größerer Kaufbereitschaft ebenfalls in der zweiten Jahreshälfte 2025 ihren privaten Konsum weiter erhöhen. Und auch im Baubereich sollte aufgrund der sich abzeichnenden Wende im Wohnungsbau und vermehrter Infrastrukturinvestitionen allmählich wieder eine positive Tendenz eintreten. Weniger günstig hingegen sind die Aussichten aufgrund der höheren US-Zölle und der Aufwertung des Euros gegenüber dem US-Dollar für die deutschen Exporteure. Unter all diesen Bedingungen dürfte das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt in der zweiten Jahreshälfte 2025 insgesamt moderat zunehmen. Aufgrund der schwächeren ersten Hälfte dieses Jahres und des negativen statistischen Überhangs aus dem Jahr 2024 ist für den Jahresdurchschnitt 2025 aber lediglich mit einer Zunahme um 0,2 % zu rechnen.

2026 Wirtschaftswachstum von 1 ½ %

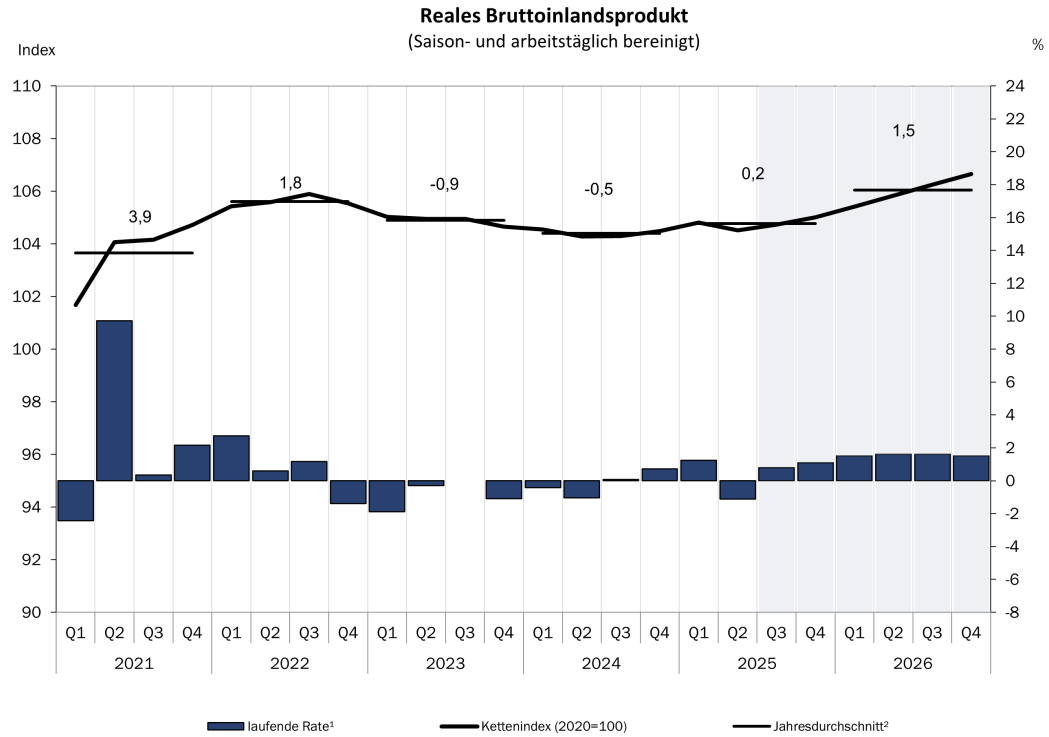
Mit Umsetzung der durch Sondervermögen bzw. gelockerte Schuldenbremse finanzierten Infrastruktur- und Verteidigungsausgaben sowie der beschlossenen wirtschaftspolitischen Reformen, namentlich der Abschreibungserleichterungen für die Jahre 2025-27 und der Senkung der Energiekosten für Unternehmen, zeichnet sich für das Jahr 2026 ein deutlicher Aufschwung ab. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen dürfte sich deutlich beleben, zumal davon ausgegangen werden kann, dass sich in den letzten Jahren ein Investitionsstau gebildet hat. Und auch die erhöhten Verteidigungsausgaben werden, soweit sie unter den öffentlichen Investitionen verbucht werden, rechnungsmäßig (in der VGR) die Ausrüstungsinvestitionen erhöhen. Nicht zuletzt werden die Investitionen in sonstige Anlagen, die mit zunehmender Digitalisierung an Bedeutung gewonnen haben, verstärkt zunehmen. Mit der Kombination aus mehr privaten und mehr öffentlichen Investitionen würde sich auch das in den vergangenen Jahren stark verringerte Potenzialwachstum wieder beschleunigen.

Eine Verbesserung des Wirtschaftsklimas und wieder zu8nehmende Beschäftigung würde sich auch auf den privaten Konsum positiv auswirken. Selbst wenn die Realeinkommen nicht mehr so stark steigen, so nehmen sie doch zu und bei besserer Stimmung dürfte sich auch die Kaufneigung erhöhen; der private Konsum sollte also weiterhin die Konjunktur stützen. In der Bauwirtschaft zeichnet sich auf allen Ebenen eine Belebung ab, sei es wegen vermehrter Infrastrukturinvestitionen, aber auch aufgrund der erwarteten Wiederbelebung des Wohnungsbaus sowie verstärkter gewerblicher Bauinvestitionen. Angesichts unterausgelasteter Kapazitäten in der Bauindustrie sollten sich im Zuge der erhöhten öffentlichen Baunachfrage die Baupreise und Finanzierungskosten nicht zu sehr erhöhen; die Gefahr besteht allerdings.

Für die deutschen Exporteure dürfte die Situation schwierig bleiben. Die US-Zölle dämpfen die Ausfuhren in die USA, dem bislang wichtigsten Abnehmerland. Und auch im Handel mit China gibt es nach der Erhöhung der Zölle für chinesische Elektroautos durch die EU Gegenmaßnahmen. Letztlich hat sich seit einiger Zeit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit durch das Wiedererstarken des Euros verschlechtert. Da die Einfuhren bei anziehender Konjunktur hierzulande wieder stärker zunehmen, wird der Wachstumsbeitrag seitens des Außenhandels negativ sein; der Überschuss in der Handels- und in der Leistungsbilanz dürfte weiter zurückgehen.

Unter vorgenannten Bedingungen dürfte sich die für den weiteren Verlauf dieses Jahres erwartete Wiederbelebung der Konjunktur im nächsten Jahr etwas verstärkt fortsetzen. Bei einer Zunahme des realen Bruttoinlandspro-dukts mit einer laufenden Rate zwischen 1 ¼ und 1 ¾ %

würde im Jahresdurchschnitt 2026 die Wachstumsrate dann rund 1 ½ % betragen.



1) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet, rechte Skala.
2) Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.
Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 3.Quartal 2025 Prognose des HWWI.

Abbildung 1. Reales Bruttoinlandsprodukt (saison- und arbeitstäglich bereinigt)

2026 auch Besserung am Arbeitsmarkt und weiterhin geringe Inflation

Auch wenn sich bereits eine allmähliche Stabilisierung der Lage am Arbeitsmarkt abzeichnet, so ist in diesem Jahr noch keine nachhaltige Wende zu erwarten. Mit sich fortsetzender konjunktureller Erholung im kommenden Jahr werden aber auch die Unternehmen vermehrt Einstellungen vornehmen; die Zahl der Beschäftigten wird dann wieder steigen, die der Arbeitslosen zurückgehen. Die Arbeitslosenquote könnte dann wieder unter 6 % sinken.

Die Inflationsentwicklung ist bereits auf Stabilitätskurs. Sicherlich war diese Entwicklung in letzter Zeit durch niedrigere Energiepreise begünstigt, und hierin liegen in einer Welt mit geopolitischen Unsicherheiten auch entsprechende Risiken. Im Moment scheint das weltweite Energieangebot allerdings so umfangreich, dass die Wahrscheinlichkeit übermäßiger Preissteigerungen in diesem Bereich vorläufig als gering erscheint. Auf der anderen Seite haben die inländischen Preiseinflussfaktoren eher weiter nachgebende Tendenz. Die Lohnentwicklung trägt der niedrigeren Inflation inzwischen weitgehend Rechnung, sodass die davon stärker beeinflussten Preise, wie etwa im Dienstleistungsbereich, obwohl sie noch überdurchschnittlich zunehmen, doch abnehmende Tendenz haben. Und auch auf den vorgelagerten Stufen, bei gewerblichen und landwirtschaftlichen Erzeugerpreisen sowie bei Importpreisen, sind Rückgänge zu verzeichnen. Unter diesen Bedingungen ist auf der Verbraucherstufe im Prognosezeitraum mit weiter nachgebendem Inflationsdruck zu rechnen; ohne neue externe Preisanstöße könnte die Inflationsrate zumindest zeitweilig unter die Stabilitätsmarke rutschen. Die jahresdurchschnittlichen Inflationsraten würden dann in diesem Jahr 2,1 % und 2026 allenfalls 2,0 % betragen.

Prognoserisiken haben sich tendenziell verringert, sind aber noch groß

Die Risiken für diese Prognose scheinen sich in den letzten Wochen zwar eher etwas verringert zu haben; die Unsicherheiten für eine neuerliche Verstärkung sind aber nicht unerheblich. In der Zollpolitik haben die EU und die USA einen „Deal“ erreicht. Der durchschnittliche Zollsatz liegt nun aber deutlich über jenem vor der zweiten Trump-Ära. Hinzu kommt, dass der generelle Zollsatz an Nebenbedingungen geknüpft ist, bei deren Nichteinhaltung Trump bereits deutlich höhere Zölle angekündigt hat. Und nicht zuletzt ist man angesichts der Tatsache, dass Trump seine Zölle auch zum Erreichen anderer als wirtschaftliche Ziele einsetzt, nicht vor kurzfristige Änderungen gefeit. Die Unsicherheit in der US-Zollpolitik besteht insofern fort. So hat Trump jüngst die 50-prozentigen Zölle auf Stahl und Aluminium auf hunderte Produkte ausgeweitet, die diese Materialien enthalten.

Ähnlich sind die von den geopolitischen Krisen ausgehenden Unsicherheiten gelagert. In die Ukrainekrise ist nun zwar „Bewegung“ gekommen; es wurden erste Gespräche geführt. Es ist dabei aber unklar, inwieweit Russland ernsthaft an einem Friedensprozess interessiert ist. Im Nahostkonflikt hat sich dieser momentan auf eine Front (Gaza-Streifen) reduziert, der Iran hat allerdings gewarnt, dass der Krieg mit Israel jederzeit wieder neu ausbrechen könne, was Auswirkungen auf die Ölpreise haben könnte.

Und nicht zuletzt gibt es unerwartete innenpolitische Unsicherheiten. Die neue Regierung ist erst wenige Monate im Amt und trotzdem tun sich hier bereits Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionspartnern auf, Nach der Mindestlohndebatte, die durch die Mindestlohnkommission letztlich „eingefangen“ wurde, hat die SPD zuletzt eine Steuererhöhungsdiskussion für Gutverdienende und Vermögende in Gang gesetzt. Überdies besteht die Gefahr, dass im Bewusstsein der verbesserten Verschuldungsmöglichkeiten durch Sondervermögen und Lockerung der Schuldenbremse im regulären Haushalt die investiven Ausgaben zugunsten der konsumtiven vernachlässigt werden und erforderliche Sozialstaatsreformen (Stichworte: Bürgergeld, Rentensicherung) umgangen werden. Eine gemeinsame Linie in der Steuer- und Sozialpolitik scheint noch nicht gefunden. All diese Diskussionen sind in der aktuellen wirtschaftlichen Situation schädlich für das Vertrauen in eine wachstumsförderliche Reformpolitik und somit für die weitere Konjunkturentwicklung.

Die Prognose im Detail

Im Folgenden werden die Eckdaten der Prognose sowie deren detaillierte Aufschlüsselung im Detail in Form von Tabellen dargestellt. Die Werte für die Jahre 2022, 2023 und 2024 stammen vom Statistischen Bundesamt, die Wert für die Folgejahre sind Prognosen des Hamburgischen WeltWirtschaftsInstituts.

Tabelle 1. Eckdaten der Prognose

	2022	2023	2024	2025	2026
Bruttoinlandsprodukt[1]	1,8	-0,9	-0,5	0,2	1,5
Private Konsumausgaben	6,5	-0,7	0,5	1,1	1,2
Konsumausgaben des Staates	0,6	-0,2	2,6	1,5	1,0
Anlageinvestitionen	-0,1	-2,0	-3,3	-0,4	4,2
Ausrüstungen	4,7	-0,5	-5,4	-1,6	5,8
Bauten	-4,3	-5,9	-3,4	-1,2	3,0
Sonstige Anlagen	3,8	6,6	0,2	3,5	4,5
Inlandsnachfrage	3,1	-0,9	0,2	1,5	1,7
Ausfuhr	3,9	-1,4	-2,1	0,0	1,8
Einfuhr	7,6	-1,4	-0,6	3,3	2,3
Erwerbstätige	1,3	0,7	0,1	0,0	0,1
Arbeitslose (Mill. Personen)	2,42	2,61	2,79	2,94	2,84
Arbeitslosenquote (in %)[2]	5,0	5,4	5,7	6,0	5,8
Verbraucherpreise	6,9	5,9	2,3	2,1	2,0
Finanzierungssaldo des Staates	-1,9	-2,5	-2,7	-2,5	-3,6
Leistungsbilanzsaldo (in % des BIP)[3]	3,8	5,5	5,6	4,9	4,5

[1] Preisbereinigt
[2] Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept)
[3] In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik

Tabelle 2. Entstehung des Bruttoinlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2022	2023	2024	2025	2026
Erwerbstätige (Inland)	1,3	0,7	0,1	0,0	0,1
Arbeitszeit (arbeitstäglich bereinigt)	0,0	0,4	0,0	0,4	-0,7
Arbeitstage	-0,2	-0,8	-0,3	-0,3	1,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	1,1	0,3	-0,2	0,1	0,4
Produktivität	0,7	-1,2	-0,3	0,1	1,1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	**1,8**	**-0,9**	**-0,5**	**0,2**	**1,5**

Tabelle 3. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (in jeweiligen Preisen)

	2022	2023	2024	2025	2026
a) Mrd.Euro					
Konsumausgaben	2962,2	3123,7	3234,7	3354,3	3461,2
Private Haushalte einschl. OoE	2094,0	2218,5	2283,0	2361,7	2438,1
Staat	868,2	905,2	951,8	992,6	1023,1
Anlageinvestitionen	861,8	894,1	885,7	906,3	966,2
Ausrüstungen	264,0	277,4	267,1	268,6	290,9
Bauten	446,6	453,0	450,7	459,4	485,3
Sonstige Anlagen	151,2	163,7	168,0	178,3	190,1
Vorratsveränderungen	66,8	33,9	45,0	66,3	60,0
Inlandsnachfrage	3890.8	4051,7	4165,4	4326,9	4487,4
Außenbeitrag	98,6	167,6	163,5	118,0	115,0
Ausfuhr	1820,3	1812,9	1793,7	1821,9	1885,8
Einfuhr	1721,7	1645,3	1630,1	1703,8	1770,9
Bruttoinlandsprodukt	**3989,4**	**4219,3**	**4329,0**	**4445,0**	**4602,4**
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr					
Konsumausgaben	11,4	5,5	3,6	3,7	3,2
Private Haushalte einschl. OoE	13,7	5,9	2,9	3,5	3,2
Staat	6,2	4,3	5,1	4,3	3,1
Anlageinvestitionen	10,5	3,8	-0,9	2,3	6,6
Ausrüstungen	12,0	5,1	-3,7	0,5	8,3
Bauten	10,5	1,4	-0,5	1,9	5,6
Sonstige Anlagen	7,9	8,3	2,6	6,2	6,6
Inlandsnachfrage	11,4	4,1	2,8	3,9	3,7
Ausfuhr	16,3	-0,4	-1,1	1,6	3,5
Einfuhr	25,0	-4,4	-0,9	4,5	3,9
Bruttoinlandsprodukt	**8,3**	**5,8**	**2,6**	**2,7**	**3,5**

Tabelle 4. Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt)

	2022	2023	2024	2025	2026
a) Mrd.Euro					
Konsumausgaben	2697,6	2683,5	2713,4	2747,2	2777,8
Private Haushalte einschl. OoE	1899,7	1887,3	1897,2	1918,3	1941,1
Staat	797,9	796,3	816,7	829,2	837,1
Anlageinvestitionen	741,4	726,2	702,0	699,4	728,8
Ausrüstungen	242,6	241,4	228,5	224,8	237,9
Bauten	357,0	336,1	324,7	320,7	330,2
Sonstige Anlagen	142,7	152,1	152,4	157,8	164,9
Inlandsnachfrage	3480,0	3450,3	3456,5	3509,5	3567,5
Ausfuhr	1545,2	1523,4	1491,9	1491,9	1518,1
Einfuhr	1372,2	1352,9	1345,3	1389,4	1420,7
Bruttoinlandsprodukt	**3650,5**	**3618,8**	**3600,8**	**3609,1**	**3662,1**
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr					
Konsumausgaben	4,7	-0,5	1,1	1,2	1,1
Private Haushalte einschl. OoE	6,5	-0,7	0,5	1,1	1,2
Staat	0,6	-0,2	2,6	1,5	1,0
Anlageinvestitionen	-0,1	-2,0	-3,3	-0,4	4,2
Ausrüstungen	4,7	-0,5	-5,4	-1,6	5,8
Bauten	-4,3	-5,9	-3,4	-1,2	3,0
Sonstige Anlagen	3,8	6,6	0,2	3,5	4,5
Inlandsnachfrage	3,1	-0,9	0,2	1,5	1,7
Ausfuhr	3,9	-1,4	-2,1	0,0	1,8
Einfuhr	7,6	-1,4	-0,6	3,3	2,3
Bruttoinlandsprodukt	**1,8**	**-0,9**	**-0,5**	**0,2**	**1,5**

Tabelle 5. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (Veränderung in % gegenüber Vorjahr)

	2022	2023	2024	2025	2026
Konsumausgaben Private Haushalte einschl. OoE	6,7	6,6	2,4	2,3	2,0
Konsumausgaben Staat	5,6	4,5	2,5	2,7	2,1
Anlageinvestitionen	10,6	5,9	2,5	2,7	2,3
Ausrüstungen	7.0	5,6	1,7	2,2	2,4
Bauten	15,4	7,8	3,0	3,2	2,6
Sonstige Anlagen	4,0	1,6	2,4	2,5	2,0
Ausfuhr	11,9	1,0	1,0	1,6	1,7
Einfuhr	16,2	-3,1	-0,4	1,2	1,6
Bruttoinlandsprodukt	**6,4**	**6,7**	**3,1**	**2,4**	**2,0**

Tabelle 6. Einkommensentstehung und -verteilung

	2022	2023	2024	2025	2026
a) Mrd.Euro					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	2750,4	2908,9	3023,0	3132,7	3233,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	368,2	389,9	410,6	433,4	447,7
Bruttolöhne und -gehälter	1718,3	1845,7	1947,2	2029,6	2095,0
Übrige Primäreinkommen	664,0	673,3	665,1	669,7	691,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	560,5	589,2	566,8	558,4	568,1
Nettonationaleinkommen	3310,9	3498,1	3589,7	3691,0	3802,0
Abschreibungen	797,7	857,9	888,4	918,4	957,2
Bruttonationaleinkommen	**4108,6**	**4356,0**	**4478,1**	**4609,4**	**4759,1**
nachrichtlich:					
Volkseinkommen	2936,8	3152,3	3200,2	3280,6	3386,6
Arbeitnehmerentgelt	2086,4	2235,6	2357,8	2463,0	2542,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	850,3	916,7	842,3	817,7	843,9
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr					
Primäreinkommen der privaten Haushalte	8,8	5,8	3,9	3,6	3,2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	5,9	5,9	5,3	5,5	3,3
Bruttolöhne und -gehälter	6,0	7,4	5,5	4,2	3,2
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitn. (Inl.)	4,3	6,5	5,2	4,2	3,3
Übrige Primäreinkommen	18,9	1,4	-1,2	0,7	3,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-1,6	5,1	-3,8	-1,5	1,7
Nettonationaleinkommen	6,9	5,7	2,6	2,8	3,0
Abschreibungen	12,5	7,5	3,6	3,4	4,2
Bruttonationaleinkommen	**8,0**	**6,0**	**2,8**	**2,9**	**3,2**
nachrichtlich:					
Volkseinkommen	5,1	7,3	1,5	2,5	3,2
Arbeitnehmerentgelt	6,0	7,1	5,5	4,5	3,2
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,1	7,8	-8,1	-2,9	3,2

Tabelle 7. Einkommensentstehung und -verteilung

	2022	2023	2024	2025	2026
a) Mrd.Euro					
Masseneinkommen	1716,8	1864,9	1976,9	2051,1	2111,9
Nettolöhne und -gehälter	1174,3	1284,7	1355,5	1404,6	1446,6
Monetäre Sozialleistungen[1]	693,1	740,6	792,3	831,4	859,1
verbrauchsnahe Steuern	150,5	160,4	170,9	184,8	193,8
Übrige Primäreinkommen der priv. HH	664,0	673,3	665,1	669,7	691,2
Sonstige Transfers (Saldo)	-106,5	-122,9	-130,8	-140,7	-146,2
Verfügbares Einkommen	**2274,3**	**2415,3**	**2511,2**	**2580,1**	**2656,9**
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	59,3	60,6	61,1	61,8	63,6
Konsumausgaben	2094,0	2218,5	2283,0	2361,7	2438,1
Sparen	239,5	257,4	289,4	280,1	282,4
Sparquote	10,3	10,4	11,2	10,6	10,4
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr					
Masseneinkommen	4,3	8,6	6,0	3,8	3,0
Nettolöhne und -gehälter	5,7	9,4	5,5	3,6	3,0
Monetäre Sozialleistungen[1]	1,7	6,9	7,0	4,9	3,3
verbrauchsnahe Steuern	2,6	6,5	6,6	8,2	4,9
Übrige Primäreinkommen der priv. HH	18,9	1,4	-1,2	0,7	3,2
Verfügbares Einkommen	**8,9**	**6,2**	**4,0**	**2,7**	**3,0**
Konsumausgaben	13,7	5,9	2,9	3,5	3,2
Sparen	-21,5	7,5	12,4	-3,2	0,8

[1] abzügl. Abgaben auf soziale Leistungen

Tabelle 8. Einnahmen und Ausgaben des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen)

	2022	2023	2024	2025	2026
a) Mrd.Euro					
Einnahmen					
Steuern	965,4	962,0	996,6	1036,1	1079,7
Sozialbeiträge	667,3	710,8	756,6	804,1	830,4
Vermögenseinkommen	19,9	31,8	34,1	33,8	35,3
Sonst. lfd. Übertragungen	28,7	32,4	31,4	32,2	32,8
Vermögenstransfers	20,3	21,9	20,3	23,8	24,8
Verkäufe	161,3	167,0	185,2	195,7	202,7
Sonst. Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3
Einnahmen insgesamt	**1863,1**	**1926,2**	**2024,4**	**2126,0**	**2206,1**
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleist.)	257,1	265,8	280,4	292,1	304,6
Arbeitnehmerentgelt	321,3	340,5	357,3	375,6	389,2
Sonst. Produktionsabgaben	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	28,0	36,8	45,8	50,3	59,6
Subventionen	60,1	82,8	54,2	53,4	64,5
Monetäre Sozialleistungen	617,9	660,7	709,5	745,3	770,1
Soziale Sachleistungen	350,4	358,0	386,6	405,5	416,1
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	112,3	92,3	90,2	90,5	92,5
Vermögenstransfers	77,7	74,5	84,0	78,3	88,3
Bruttoinvestitionen	115,3	120,1	131,3	144,0	184,2
Nettozugang nichtprod. Vermögensgüter	-1,0	-0,5	0,1	-0,3	-0,1
Ausgaben insgesamt	**1939,2**	**2031,4**	**2139,7**	**2235,2**	**2369,5**
Finanzierungssaldo	**-76,1**	**-105,2**	**-115,3**	**-109,2**	**-163,4**
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr					
Einnahmen					
Steuern	7,7	-0,3	3,6	4,0	4,2
Sozialbeiträge	5,5	6,5	6,4	6,3	3,3
Vermögenseinkommen	23,7	60,0	7,2	-0,8	4,3
Sonst. lfd. Übertragungen	-11,2	12,9	-3,1	2,5	12,1
Vermögenstransfers	-1,5	7,5	-7,3	17,6	4,2
Verkäufe	6,9	3,5	10,9	5,6	3,6
Einnahmen insgesamt	**6,5**	**3,4**	**5,1**	**5,0**	**3,8**
Ausgaben					
Vorleistungen (ohne soziale Sachleist.)	5,5	3,4	5,5	4,2	4,3
Arbeitnehmerentgelt	4,6	6,0	4,9	5,1	3,6
Sonst. Produktionsabgaben	-27,5	4,3	-6,0	17,1	13,5
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	28,8	31,5	24,4	9,8	18,4
Subventionen	-44,0	37,8	-34,6	-1,4	20,7
Monetäre Sozialleistungen	1,3	6,9	7,4	5,0	3,3
Soziale Sachleistungen	6,6	2,2	8,0	4,9	2,6
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	23,9	-17,8	-2,3	0,4	2,2
Vermögenstransfers	50,5	-4,1	12,8	-6,8	12,7
Bruttoinvestitionen	9,0	4,2	9,3	9,6	27,9
Ausgaben insgesamt	**3,9**	**4,8**	**5,3**	**4,5**	**6,0**
Finanzierungssaldo (in vH des BIP)	**-1,9**	**-2,5**	**-2,7**	**-2,5**	**-3,5**